

März 2026

POLITIKBRIEF

SCHLUSS MIT SCHNECKENTEMPO!



Zweieinhalb Jahre ist es her, dass ich in einem „Brandbrief“ vor einer wirtschaftlich kritischen Schieflage und **Deindustrialisierung** gewarnt habe. Doch passiert ist seither viel zu wenig. Im Gegenteil – die Lage hat sich weiter verschärft. Zu lange klagen unsere vorwiegend mittelständischen Mitgliedsunternehmen nun schon über die massiven strukturellen Defizite am Standort, die zum größten Teil hausgemacht sind und sich in Verbindung mit neuen Spielregeln auf den Weltmärkten zur **Dauerkrise** ausgewachsen haben. Angesichts von drastisch sinkenden Produktionskapazitäten, Werkschließungen und Arbeitsplatzverlusten muss 2026 nun endlich der **Befreiungsschlag in Richtung Wettbewerbsfähigkeit** kommen – auf Bundes- und EU-Ebene.

Politikstil rigoros ändern

Wir verharren in quälenden Warteschleifen, wo es doch dringend eine **Kernsanierung** braucht: **schnelle und tiefgreifende strukturelle Reformen**, um an erfolgreiche Zeiten anzuknüpfen und Deutschland und Europa zukunftsfest zu machen. Ich rufe deshalb alle politisch Verantwortlichen zu einem rigoros neuen Politikstil auf, der den Unternehmen wieder Luft zum Atmen verschafft und das Vertrauen in den Standort stärkt. Da die Zeit stark drängt, müssen Berlin und Brüssel zudem sehr schnell ein sofort wirksames Entlastungspaket schnüren und eine Pause bei neuen Auflagen einlegen.

Ausbessern reicht nicht mehr

Zugegeben: Auch in der Wirtschaft wurden in der Vergangenheit nicht immer nur die richtigen Annahmen und Entscheidungen getroffen. Manche Wette auf die Zukunft ging verloren. Das ist Teil der DNA von Unternehmen. Aber sie passen ihre Strategien an. In vielen Firmen bleibt kein Stein auf dem anderen. Alle kämpfen darum, Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder zurückzugewinnen.

Dabei brauchen die Unternehmen **verlässliche Rückendeckung aus Berlin und Brüssel**. Nur so kommen wir alle zusammen zurück auf den Wachstumspfad – als Motor für dauerhafte Wertschöpfung, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Sicherheit. Wer die Welt in diesen turbulenten Zeiten politisch und ökonomisch mitgestalten will, muss handeln und auch bei Gegenwehr das Richtige tun. Alles andere ist grob fahrlässig und verantwortungslos.

Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie ist bereit, diesen Weg auch gegen Widerstände mitzugehen.

Dr. Markus Steilemann
VCI-Präsident



JETZT DEN **TURBO** IN BERLIN UND BRÜSSEL **ZÜNDEN**

Deutschland und Europa leiden unter einer Standortkrise. Viele Probleme sind hausgemacht, werden durch den Umbau der globalen Wirtschaftsordnung aber gerade massiv verschärft. Während andere große Volkswirtschaften wie die USA und China ihre Interessen vielfach rücksichtslos durchsetzen, verharren Berlin und Brüssel in einer Mischung aus Schockstarre und Regelwut. Die Chemie- und Pharmaindustrie fordert, den Schalter JETZT umzulegen und den Industriestandort voll auf Wettbewerbsfähigkeit zu trimmen.

In den vergangenen Jahren ist die Gesetzgebungsmaschine insbesondere in Brüssel heiß gelaufen. Mit zum Teil überbordenden Regularien sollte die Transformation in Gang gesetzt werden. Leider geriet dabei die Umsetzung in den Unternehmen aus dem Blick. Zugleich wurden **dringende strukturelle Reformen und Investitionen in Wachstum, Bildung, Forschung, Sicherheit und Infrastruktur** vernachlässigt. Heute gilt dieser Politikansatz als gescheitert.

Die Chemie- und Pharmaindustrie fordert deshalb einen **neuen, kreativen und schnelleren Politikstil**, der konsequent auf **Zukunftstauglichkeit und Wirksamkeit** setzt: mehr Agilität statt Abwarten und Aussitzen, Innovationsprinzip statt Risikoaversion und Pauschalverbote, Anreize statt Strafe, Vertrauen statt Bevormundung. Berlin und Brüssel müssen den Trend der Deindustrialisierung stoppen. Dabei hilft alles, was kurzfristig Entlastung und Verlässlichkeit schafft.

Energiepreise deckeln



In ein Soforthilfepaket gehören ein wirksamer Industriestrompreis, Strompreiskompensation und sinkende Netzentgelte – ergänzt durch eine auf absolute Kosteneffizienz getrimmte Energiewende. Um die Industrie auf dem Weg in die Klimaneutralität zu unterstützen und Produktionsverlagerungen in andere Regionen zu verhindern, braucht der EU-Emissions-

handel eine tiefgreifende Reform: ohne Benchmarkverschärfung, mit Deaktivierung der Marktstabilitätsreserve und vor allem mit einer Verlängerung der freien Zuteilung von Zertifikaten, bis den Unternehmen realistische Klimaschutzpfade offenstehen.

Sofortiges Belastungsmoratorium



Um den Unternehmen Spielraum und Sicherheit für Investitionsentscheidungen am Standort zu geben, müssen zusätzliche Belastungen unbedingt vermieden werden. Die Chemikalienverordnung REACH kann im bestehenden System verbessert werden, ohne den Rechtsakt zu öffnen. Die Industrieemissionsrichtlinie (IED) muss weit über die bisherigen Vorschläge hinaus vereinfacht, ihre nationale Umsetzung besser mit dem laufenden EU-Verfahren verknüpft werden. Die erheblichen Umsetzungsprobleme der Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) erfordern eine sofortige Aussetzung des Rechtstexts und eine gesamtgesellschaftliche Finanzierungslösung.

Bürokratieflut eindämmen



Kaum ein anderer Störfaktor wird so oft genannt wie der immense Bürokratieaufwand, mit dem sich Unternehmen und Behörden herumplagen. Deutschland braucht eine Modernisierungsagenda, die mindestens 25 Prozent Bürokratie abbaut, sowie einen Praxis-Check für alle EU-Regulierungen, die durch sorgfältige Folgenabschätzungen und systematische Überprüfung bestehender Gesetze viel smarter als bisher ausgestaltet werden müssen.

Standort sichern



Der Zugang zu Rohstoffen, Energie und kritischen Chemikalien entscheidet über die Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit, Wehrhaftigkeit und Resilienz Europas, die in der aktuellen geopolitischen Lage gefährdet sind. Damit Unternehmen auch in kritischen Phasen handlungs- und widerstandsfähig bleiben, muss die Politik Standortrisiken gegebenermaßen



nenfalls kurzfristig absichern. Instrumente zur Entlastung müssen auch auf Chemie-parks anwendbar sein, Raffinerien mit einer Zukunftsstrategie gezielt unterstützt werden.

Pharma-Souveränität erhalten



Die industrielle Gesundheits-wirtschaft braucht eine klare Standortperspektive für Deutschland und Europa,

um die hochwertige Versorgung mit innovativen Lösungen aus Pharma, Bio-technologie und Medizintechnik dauerhaft und beständig zu garantieren. Dazu gehört die angemessene Kostenerstattung für immense Aufwendungen in Forschung und Entwicklung ebenso wie ein starker Patentschutz und der Abbau von Handels-hemmnissen.

Unternehmenssteuern senken



Bereits die Diskussion über Steuererhöhungen gefährdet das Vertrauen in den Standort. Deutschland braucht ein

modernes, internationales wettbewerbs-fähiges und schlankes Steuerrecht mit einer spürbaren Senkung der Unterneh-mensteuern auf maximal 25 Prozent und ohne Erbschaftsteuern für den Mittelstand. Eine globale Mindestbesteuerung gehört ausgesetzt, da sie die Unternehmen erheblich belastet und US-amerikanische Strafsteuern provoziert.

Freihandel ausbauen



Die EU muss den Wettbewerb beherzt und selbstbewusst annehmen. Es gilt, bilaterale Partnerschaften zu diversifizie-ren und zu stärken sowie Wettbewerbs-verzerrungen auszugleichen. Statt neue Marktbeschränkungen zu schaffen, müssen Handelsbarrieren abgebaut werden. In der Handelsdiplomatie sind Eskalationsspi-ralen zu vermeiden. Das Mercosur-Abkom-men muss nun ratifiziert werden.

EUROPÄISCHE CHEMIE FUNKT SOS

Der „European Chemical Closures & Investments Radar 2022–2025“ zeigt eine drastische Entwicklung: Angekündigte Werksschließungen haben sich seit 2022 versechsfacht und summieren sich auf 37 Millionen Tonnen Produktionskapazität.

-37 Mio. t

Produktionskapazitäten



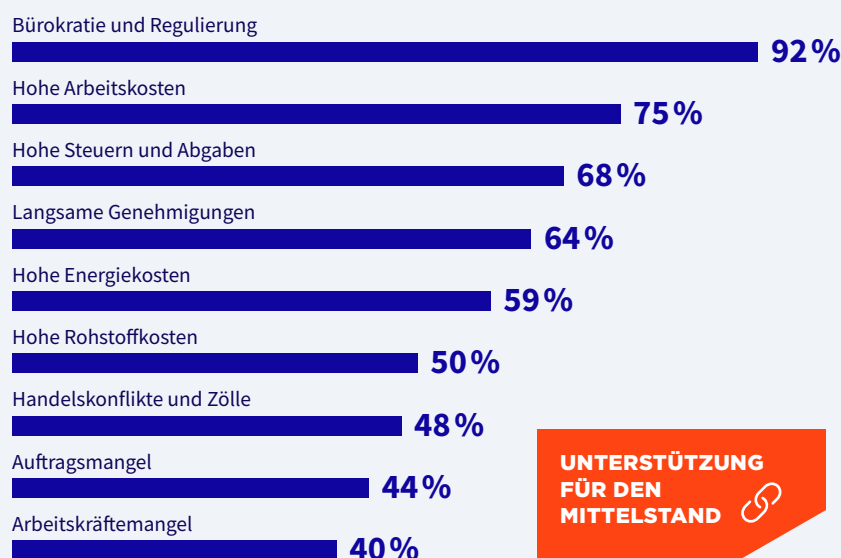
9 % der europäischen Produktionskapazitäten sind betroffen.

Dies ist verbunden mit dem Verlust von **20.000** Arbeitsplätzen.

Quelle: Roland Berger: European chemical closures and investments radar 2022-2025, Dezember 2025.

MASSIVE STRUKTURELLE DEFIZITE STOPPEN

Bei der jüngsten VCI-Mitgliederumfrage, die zu rund 85 Prozent von mittelständischen Unternehmen beantwortet wurde, landeten „Klassiker“ der Belastungsfaktoren erneut auf den oberen Rängen.



**UNTERSTÜTZUNG
FÜR DEN
MITTELSTAND**

Quelle: VCI, November 2025

IHRE ANSPRECHPERSONEN

Norbert Theihs
Geschäftsführer
VCI-Hauptstadtbüro Berlin
theihs@vci.de
Telefon +49 30 200599-10

Pierre Gröning
Geschäftsführer
VCI-Europabüro Brüssel
groening@bruessel.vci.de
Telefon +32 2 548069-0

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Chemischen Industrie e. V.
Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsschluss 16. März 2026
Verantwortlich Jenni Glaser
Agenturpartner Köster Kommunikation